I. Öffentlicher Teil:

Der Vorsitzende begrüßte alle Anwesenden zur 2. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Ordnung und Umwelt sowie die zwei online zugeschalteten Abgeordneten, Frau Meier und Herrn Fettke.

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde bestätigt und zugestimmt.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 3 Aktivierung Klimaschutzmonitoring Vorlage: 17/Die Linke/Tierschutzpartei/2024/NEU

Herr Dr. Mernitz ergriff das Wort und berichtete, dass das Klimaschutzmonitoring im Jahr 2022 mit großer Mehrheit beschlossen wurde und führte im Weiteren eingehend zum Inhalt des Klimaschutzmonitoring aus.

Die Bildung eines entsprechenden Beirates soll noch bis Ende des ersten Halbjahres erfolgen.

Einige Abgeordneten meldeten sich zur Diskussion.

Herr Schüler wollte Auskunft bzgl. Personalaufwand und allgemeine Kosten.

Herr Buhrke gab dazu Auskunft, dass hier eine Verzögerung entstanden ist, eine entsprechende Personalstelle bislang noch nicht da war.

Bezüglich der Kosten konnte keine Angaben erfolgen, wird aber nachgetragen.

Anschließend ging Frau Laue auf die Problematik ein, verwies aber auf den Inhalt des Konzeptes, was für alle nachlesbar sei.

Frau Muxel stellte die Frage, nach welcher Förderrichtlinie das Ganze finanziert werde und ob man diese den Abgeordneten zukommen lassen könne und ob die geänderte Haushaltslage des Landes Auswirkungen auf diese hätte?

Herr Buhrke konnte hier keine Aussage zu treffen, Herr Kühne wurde sodann das Wort übergeben. Die Förderungen werden aus der nationalen Klimaschutzinitiative gefördert, die aber derzeit sich auch verzögern und erläuterte dies detailliert. Der Antrag bezieht sich jedoch auf 2023 und da waren die HH-Mittel entsprechend geplant.

Herr Dr. Mernitz wandte ein, dass es hier um die Einrichtung des Klimabeirates gehe, der aus Mitgliedern des Kreistages komme und somit eigentlich keine Kosten entstehen können.

Herr Schaller bat Herr Buhrke um Auskunft über die weitere Verfahrensweise – Anträge gehen automatisch an den Kreistag.

Frau Laue ging noch einmal auf den Wortlaut des Beschlusstextes ein und schlug eine entsprechende Empfehlung vor, um ein grobes Meinungsbild mitgeben zu können. Die letztendliche Entscheidung trifft natürlich der Kreistag.

mehrheitlich zugestimmt
Ja 7 Nein 2 Enthaltung 1

Zu TOP 4 Allgemeine Information zu Investitionsschritten und -beschlüssen

Herr Schaller übergab das Wort an Herrn Gehm.

Herr Gehm öffnete seine erstellte Präsentation und erläuterte diese ausführlich. Die HOAI-Leistungsphasen stellen gewissermaßen den Planungsablauf dar. Im Wesentlichen sieht die interne Regelung vor, dass mit einer Bedarfsfeststellung begonnen wird, um frühzeitig Haushaltsansätze dafür zu bilden. Auf dieser Grundlage und nach Vollendung der Leistungsphase 2 wird der entsprechende Grundsatzbeschluss gefasst. Nach Vollendung der Leistungsphase 4 erfolgt der sog. Baubeschluss. Nach Abschluss dieses Prozederes folgt die Ausführungsphase - die Vergabe - die sodann in den Vergabeausschuss mündet. Er ging hier noch kurz auf die anzuwendende Haushalts- und Kassenverordnung ein, §§ 15 und 16 – Auszahlung und Verpflichtungen dürfen erst aufgenommen werden, wenn die Planungen eine gewisse Reife erreicht haben.

Herr Schaller bedankte sich für die Präsentation bei Herrn Gehm, der aus der 1. Sitzung mündete.

- siehe Anlage 2 –

Die Abgeordneten, Herr Schüler und Herr Fettke, warfen noch Fragen bzgl. der Kosten auf, die Herr Buhrke und Herr Gehm eingehend beantworteten. Zusammenfassend ist es also so, dass natürlich der Kreistag entsprechend der Haushaltssatzung beschließt.

Frau Laue hatte noch eine Frage zur Leistungsphase 2, wie hoch die jährlich zur Verfügung stehende Summe dafür sei.

Herr Buhrke antwortete, dass aufgrund der Erfahrungswerte so ca. 2 oder 3 Mio. € eingestellt werden und ging auf ihre sich anschließende Nachfrage hinsichtlich der groben Schätzungen ein, die durch Herrn Gehm schon einmal dargestellt wurde. Dies mache sich eben erforderlich, um bestimmte Vorplanungen vornehmen zu können, man aber jedoch nicht beeinflussen könne, dass diese auch im entsprechenden HH-Jahr umgesetzt werden können. Deshalb plane man eben höher.

Frau Muxel bezog ihre Frage auf Leistungsphase 2, ob hier immer die gleichen Firmen genommen werden.

Herr Gehm antwortete darauf, dass immer neu ausgeschrieben werde. Und gerade wenn etwas so Spezielles wie eine Schule sich im Bau befinde, braucht man schon Leute, die eine gewisse Erfahrung mitbringen. Anhand des Beispiels der Regine-Hildebrandt-Schule wurde sogar ein Planungswettbewerb gemacht.

Eine weitere Nachfrage von Frau Muxel bezog sich dahingehend auf die Schule in Hangelsberg.

Herr Gehm gab an, dass hier ein Privater für die Gemeinde baut und die Gemeinde es dann kaufen oder mieten könnte. Inwiefern hier das Auftragsverhältnis zueinander stehe, könne hier nicht aufgeklärt werden.

Herr Schaller appellierte an die Abgeordneten, hier doch bei den kreislichen Angelegenheiten zu verbleiben und sich sonst an die Gemeinde Grünheide zu wenden.
Damit wurde dieser TOP geschlossen und so zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 5 Sitzungskalender des Kreistages Oder-Spree für das Jahr 2025
Vorlage: 080/2024

Herr Schaller regte, etwaige Einwendungen sodann an das Kreistagsbüro zu geben, ansonsten würde der Sitzungskalender so zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 6 Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr
2025
Vorlage: 083/2024

Herr Buhrke ergriff das Wort und erläuterte, dass heute hier nicht der Gesamtüberblick im Vordergrund stehe, sondern dies im Haushalts- und Finanzausschuss Eingang finde und dann letztendlich im Kreistag. Hier geht es um die Produkte, die hier im Ausschuss behandelt werden und gab eine kurze allgemeine Einführung zur Orientierung.

Er gab sodann einen allgemeinen Ausblick für die verschiedenen Aufgabenbereiche anhand der Präsentationen, wobei der Bereich Soziales (Transferleistungen) hier den größten Posten umfasst.

Der Vorgängerkreistag hat beschlossen, die Kreisumlage nicht anzutasten.

Zum Bereich Personalkosten erläuterte er eingehend, dass wir hier auch Tarifgebunden sind, aber auch anhand der Digitalisierung sich dies mittelfristig auf das Personal niederschlagen solle.

Abschließend sprach er den ÖPNV an, der einen etwas stärkeren Zuwachs im Bereich des Dalli hat, der vorher ein Förderprojekt war und nunmehr ein kreisliches geworden ist, was der Vorgängerkreistag so beschlossen hat.

Frau Muxel hatte eine Zwischenfrage, dass Dalli in bestimmten Gemeinden zusätzlich und im berlinnahen Raum angeboten werden soll.

Hier gibt es nicht das freie Unternehmertum und demzufolge hat Dali ein sog. Bediengebiet, innerhalb dessen er sich bewegen darf. Es gab eine Ausweitung auf den Bereich Scharmützelsee, weitere wird es nicht geben. Der Nahverkehrsplan ist aufgelegt, dort wird der Kreistag eine Abwägung (Kosten-Nutzen-Analyse) bekommen aus der heraus ein Beschluss gefasst werden wird.

Eine weitere Frage beinhaltete etwas zu den Erträgen, warum da so ein Rückgang zu ersehen ist und dann auch wieder plötzlich ein Aufgang um 1/3.

Herr Buhke antwortete dazu, dass dies sich immer nach den Zuweisungen des Landes ausrichte, die er näher erläuterte. Diese Schwankungen sind also nicht unüblich.

Herrn Rademacher wurde das Wort erteilt, den die Ausführungen für den Bereich Jugendarbeit interessieren würde.

Hier wies der Vorsitzende nochmals darauf hin, dass wir hier im Bereich Bauen sind und auch nur hier bei diesem Thema geblieben werden sollte, dem Herr Rademacher so unterstrich.

Frau Kaiser schloss sich dem an und lud die Abgeordneten gern zur morgigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses ein.

Herr Schaller übergab dann das Wort wieder an Herrn Buhrke, der den Bereich des Technischen Gebäudemanagement anhand seiner Folien detailliert erläuterte, was die Personalkosten in diesem Bereich (Hausmeister) betrifft, die Beschaffungskosten, Unterhaltungskosten etc.

Herr Gehm übernahm die Ausführungen zum Dezernat 3. Er ging zunächst auf die durchgeführte Strukturänderung ein und auch nur auf die Punkte eingehen wird, die in diesem Ausschuss behandelt werden. Das betrifft das Amt für Recht, Ordnung und Straßenverkehr, wie auch das Amt für Kreisentwicklung und Infrastruktur, was den Bereich ÜPNV betrifft und in der letzten Woche im Ausschuss für Ländliche Entwicklung ausgiebig diskutiert wurde. Dazu gab es eine Präsentation von Herrn Jurrmann, die auch hochgeladen wurde und wo man nachlesen könnte.

Beim Amt für Recht, Ordnung und Straßenverkehr führte eine Jahres-Analyse aus, die bspw. im Bereich allgemeine Verkehrsangelegenheiten (Straßenbaumaßnahmen und damit verbundene Anordnungen) schon mit 102 % erfüllt ist. Danach beleuchtete er die Bereiche Kfz-Zulassung und Führerscheinwesen, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Kreisordnungsbehörde und erläuterte dies anhand seiner Folien.

Herr Schüler hatte dazu eine kurze Verständnisfrage bzgl. Der steigenden Dienstleistung oder Sachleistungen die hinzukommen.

Herr Gehm gab Auskunft, dass hier die Gebührenordnung des Bundesministeriums für Verkehr und Digitalisierung verantwortlich sind. Die genaue Kostenposition dazu muss nachgereicht werden.

Hinsichtlich des Kataster- und Vermessungsamtes gibt es weniger zu sagen, da hier die Aufgaben relativ spät vom Land übernommen wurden und somit eine fast völlige Vollfinanzierung vorliegt. Er erläuterte auch hier die Personalausstattung und die inhaltliche Ausstattung.

Danach stellte er den Bereich des Bauordnungsamtes ebenso anhand einer Präsentation dar. Insgesamt haben die Bauanträge abgenommen, die Gebühren aber zugenommen haben, was mit größeren Bauvorhaben wie z. B. Tesla u. ä. zusammenhängt.

Das Umweltamt betreffend führte er aus, dass hier nicht so viel umgesetzt wird und erklärte den Hintergrund, der ähnlich wie beim Bauordnungsamt ist, nur nicht so hoch, da das Umweltamt nicht überall beteiligt ist und ging kurz auf die Personalkosten ein.

Dann ergriff Frau Meyer-Grunewald für den Bereich Hochbau das Wort. Auch hier die erläuterte sie die personelle Strukturänderung anhand ihrer Präsentation und die derzeit fehlenden Personalstellen. Im Ansatz für 2024 waren 15.377.000,00 Mio €, für 2025 27.530.000,00 Mio. €. Dazu würde sie in der Präsentation Baumaßnahmen näher eingehen. Im Bereich Instandhaltungsmaßnahmen werden derzeit alle Mängel aufgenommen. Im Bereich der Sportstätten wird es einen Kostenanstieg geben, wie auch im Bereich der Schülerbeförderung, was auf den Anstieg der Schülerzahlen zurückzuführen ist.

Herr Wernicke stellte die Frage zu den Schulneubauten bzgl. der Mehrkosten aufgrund der BNB-Standards.

Frau Meyer-Grunewald antwortete, dass man dabei ist, diese zu erheben. Man ist aber an diese Festlegungen gebunden aufgrund des Beschlusses. Man geht im Moment von ca. 1 Mio. € an Mehrkosten aus.

Herr Schaller hatte dann noch eine Frage, dass auf der Folie jetzt 27,5 Mio. €-Ansatz ersichtlich ist und ob dann noch einmal auf die kommenden Jahre eingegangen wird.

Frau Meyer-Grunewald führte dazu aus, dass man sich in den unterschiedlichen Leistungsphasen bewegt, d. h. Mittelabfluss entsprechend den einzelnen Baumaßnahmen.

An Frau Meyer-Grunewald wurde für die nächste Sitzung eine Gegenüberstellung bzw. Kostennachweis der BNB Standards herangetragen. Das Gleiche hätte Herr Wernicke auch für Erhaltungsaufwendungen und Betriebskosten pro Quadratmeter.

Herr Kühne übernahm nun das Wort für das Amt für Kreisentwicklung und Infrastruktur, insbesondere das Sachgebiet Kreisliche Infrastruktur und Straßenaufsicht, der personell gerade nicht so gut aufgestellt ist, was sich gerade auch im Radwegbau niederschlägt, da hier insbesondere Personal fehlt. Er ging im weiteren Vortrag auf das große Haushaltsvolumen ein, was er anhand der Folien näher erläuterte. Dies umfasst den Straßenbau, Radwege und Instandhaltung und Unterhaltung all dieser. Für Investitionen in Kreisstraßen und Radwege sind fast 5 Mio. € geplant gewesen und erläuterte dies näher. Aufgrund der Kostenentwicklung muss man sehr großzügig planen, was im Jahre 2023 überhaupt noch nicht so einzukalkulieren war. Danach legte er eine Übersicht über Baumaßnahmen im Bereich Radwege und Straßenbau für das kommende Jahr auf der deutlich wird, dass in den nächsten 4 Mio. € allein Kreisstraßen investiert wird und erklärte die Schwerpunkte und beendete damit seinen Vortrag.

Es gab dann eine Nachfrage bzgl. der Radwegplanung um Tesla von Frau Schipporeit.

Herr Gehm bat um die Beantwortung und erklärte, dass dieser als „Startpunkt“ für eine weitere Verlängerung aufgeführt ist, geht also von der alten Poststraße in der Anbindung des sog. Radwegs 04.1. Es gibt ein Konzept, welches dahintersteht, was schon einmal vorgestellt wurde. Dies soll fortgeschrieben werden, weil zwischenzeitlich schon sehr viel passiert ist und ganz viel davon zugunsten des Kreishaushaltes. Es wurde so ca. 10 Mio. € eingespart, was in einer der nächsten Ausschuss-Sitzungen dargestellt werden könnte mit Karten, Kosten usw.

Frau Schipporeit regte hier an, dies erst dann zu tun, nachdem die Gesamtkonzeptplanung angesehen wurde, da es sich sonst relativ schwer bewerten lässt.

Frau Muxel warf ein, dass das Gesamtkonzept erstmal nur zur Verlegung des Bahnhofs Fangschleuse bestehe und ist sehr umstritten.

Der Ausschuss-Vorsitzende antwortete darauf, dass dies zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal behandelt wird und der TOP jetzt verlassen werden sollte.

Frau Muxel sagte, dass sie sich der Abstimmung enthalten müsse, da von ihrer Seite die Tesla-Radwege abgelehnt werden.

Herr Gehm wandte dazu ein, dass üblicherweise eine Empfehlung oder eben nicht für die Produkte des Ausschusses an den Kreistag gegeben.

Herr Schüler hatte noch eine Verständnisfrage bzgl. der Kreditaufnahmen für 2027 i. H. v. 20,5 Mio. € und korrigierte die Höhe auf 119 Mio. €.

Herr Buhrke antwortete dazu, dass mit den Gemeinden verabrede ist, dass wird das, was wir an Zahlungsmittelbestand haben, das heißt die Liquidität, nicht gleich Rücklage, Bestandteil nicht eingesetzt wird. Rücklagen können viele gebildet werden, teilweise kaufmännisch, das ist aber kein Geld. Die Liquidität ist, weil der Kredit nach der KommVerf ein nachrangiges Mittel ist, im Vorfeld zu verbrauchen. Die Liquidität auf null runterzufahren, ist da wohl nicht von Vorteil. Mit anderen Worten, wenn wir bestimmte Ausgaben nicht vorschießen, kommt etwas unter die Räder. Dies wird aber detailliert im Finanzausschuss dargestellt und konkretisiert. Die Folien können nach der Ausschussberatung hochgeladen werden und im Einzelnen nachverfolgt werden.

Herr Schaller fasste zusammen, dass die vorgestellten Teilhaushalte mit den Einschränkungen zustimmend und wohlwollend empfohlen werden.

Dann erhob Frau Laue nach der Nachfrage von Herrn Schaller bzgl. eines evtl. Vetos noch einmal eine Nachfrage zum Hebesatz – ausnahmsweise – die Herr Buhrke dann beantwortete. Wir haben keine sog. Gespaltene Kreisumlage, also unterschiedliche Hebesätze für einzelne Gemeinden. Man kann sagen, weil es so beschlossen ist und weil wir es auch mit den Gemeinden so verabredet haben. Das sind die beiden schlicht übergreifenden Gründe. Gerne kann man das als Sachvortrag näher erklären.

Herr Schaller beendete diesen Punkt nunmehr und leitete zum TOP 7 über.

- siehe Anlagen 3-6 -

einstimmig zugestimmt
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1

Zu TOP 7 Festsetzung des Wasserschutzgebietes Beeskow
Vorlage: 084/2024

Herr Gehm präsentierte die entsprechende Folie dazu und erklärte diese. Die Landkreise sind für die Festsetzung der Wasserschutzgebiete zuständig. Der Versorgungsbereich ist relativ groß und umfasst das gesamte Umfeld. Das Wasserschutzgebiet besteht bereits nach DDR-Recht, hat aber nunmehr auch andere Gesetzlichkeiten (Wasserhaushaltsgesetz, Bbg. Wassergesetz, hydrologische Gutachten) zu beachten. Anhand der gezeigten Karte erläuterte er die Einzelheiten dieses Wasserschutzgebietes, welches in drei Zonen eingeteilt ist, welches Auswirkungen aufgrund der VO auf gebotene und verbotene Handlungen hat. Das Anhörungsverfahren ist durchgeführt. Näher wurde bereits auch im Landwirtschaftsausschuss darauf eingegangen. Diese wurden bereits hochgeladen und bereitgestellt. Abschließend macht Herr Gehm deutlich, dass anhand dieser Ausführung einer Empfehlung an den Kreistag nichts im Wege stehen dürfte.

Nachdem keine weiteren Einwendungen auf Nachfrage von Herrn Schaler zu verzeichnen waren, kam es zur Abstimmung.

- siehe Anlage 7 -

einstimmig zugestimmt
Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0

Zu TOP 8 Bericht der unteren Naturschutzbehörde über Rechtsverstöße in
Naturschutzgebieten im Landkreis - Einreicher: BVB/Freie Wähler

Herr Wernicke ergriff das Wort und schlug zunächst vor, auch einmal die Naturschutzgebiete im Landkreis in mehreren Hinsichten zu betrachten. Sodann erläuterte er das Ansinnen seines Antrages.

Herr Driebusch ergriff zunächst das Wort und stellte die Anfrage noch einmal wörtlich vor und ergänzte diese um den Part „... Landschaftsschutzgebiete, auch um hier einen konkreten Überblick zu haben.

Im Weiteren, welche Naturschutzgebiete waren betroffen, gab es Wiederholungstaten, welche Gebiete, welche Straftaten, welche Behörden waren beteiligt, Ergebnisse, Maßnahmen der Unteren Naturschutzbehörde, um weiteren Eingriffen entgegen zu wirken, welche konkreten Maßnahmen wurden eingeleitet, nachdem der Pflanzenschutzmitteldienst des Landes Brandenburg mehrmals schwere Umweltstraftaten im Naturschutzgebiet Spreewiesen Beeskow im Bereich des Bahrendorfer See festgestellt hat. ...“ Nunmehr präsentierte Herr Driebusch die entsprechende Folie dazu. Er führte im Weiteren aus, dass hier auch mit den kommunalen Akteuren zusammengearbeitet wird (Polizei, Ordnungsämter usw.). Es gab auch schon einzelnen Zusammenkünfte dazu, was eine große Bereicherung für die gesamte Arbeit darstellt, wo auch der Naturschutzbeirat entsprechend informiert wurde. In Auswertung dieser und weiterer Zusammenkünfte, Arbeitsbesprechungen usw. wurden die verschiedensten Maßnahmen festgelegt, auch für die anderen Behörden, die in eine vertiefende, gute Zusammenarbeit mündeten. Schwerpunkte der Straftaten/Ordnungswidrigkeiten (Owi) liegen im Befahren der Landschaftsgebiete u. ä., dazu nannte er einige hauptsächlich. Er betonte dabei, dass diese Owi-Verfahren ständig nachverfolgt und weiter nachbearbeitet werden, was auch eine gute Zusammenarbeit mit unserer Bußgeldstelle der Kreisordnungsbehörde beinhaltet. Zu erwähnen sei auch insbesondere, dass hier eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit von Nutzen sei. Herr Driebusch stellte auch den personellen Aufwand anhand der Fälle dar. Auf den angefragten speziellen Fall Bahrendorfer See wollte er sich nicht detailliert äußern, da dies noch ein laufendes Verfahren betrifft.

Der Ausschussvorsitzende bedankte sich für sehr gute Vorbereitung und Präsentation und übergab das Wort an Herrn Wernicke auf Nachfrage. Dieser regte an, evtl. auch den Außendienst personell vielleicht um eine Stelle zu erweitern. Er fragte an, ob heute noch Zusammenkünfte, Erfahrungsaustausche mit ehrenamtlichen Naturschutz Helfern stattfinden. Frau Katrin Schutz als Sachgebietsleiterin der Unteren Naturschutzbehörde ergriff dazu das Wort und erklärte, dass hier im Sachgebiet zunächst alle Pflichtaufgaben erfüllt werden müssen. Dennoch wird im Rahmen des Naturschutzbeirates sehr gut mit dem Ehrenamt zusammengearbeitet. Dort wird umfangreich informiert.

Herr Schüler hatte eine Anfrage bzgl. der Verfolgung von Straftaten, weil wohl ein „ausgeprägtes Interesse“ an den Naturschutzschildern besteht. Hier warf er ein, dass bspw. der Jagdverband auch unterstützen könnte in Bezug auf Straftaten.

Herr Driebusch wandte ein, dass im Naturschutzbeirat auch Jäger anwesend sind, die in der Landwirtschaft z. B. tätig sind. Das Angebot ist sehr interessant und wird sehr gerne so mitgenommen.

Eine Nachfrage, die den Naturschutzbeirat betraf von Herrn Schüler beantwortete Herr Driebusch dahingehend, dass dieser alle 4 Jahre neu besetzt wird. Näheres würde er gern dazu nachreichen.

Eine weitere Verständnisfrage kam von Herrn Schaller hinsichtlich Angelverstößen/-ordnungswidrigkeiten mit Zelten, Feuerstellen usw. Der zweite Teil betrifft die Anzeigen, wie viele und sind diese immer berechtigt.

Frau Schulz nahm dazu Stellung und wies auf die SchutzgebietsVO hin, nachdem hier zu handeln wäre. Hier werden dazu Schilder aufgestellt, um die Menschen zu informieren.

Frau Laue wurde das Wort erteilt und fragte zum Altersspektrum, die diese Straftaten in den Schutzgebieten vollführen.

Frau Schulz konnte darauf keine Auskunft geben.

Herr Schaller wandte sodann ein, dass diese Fragen vielleicht in einen Block zusammengefasst werden.

Frau Laue führte in die nächste Frage ein - hinsichtlich der Bekanntheit der Schutzgebiete in der Bevölkerung, was die Bevölkerung besser informiert, auch in den Verbänden usw. Welche Möglichkeiten gibt es hier, ist schon alles ausgeschöpft oder wie können die Abgeordneten hier unterstützen.

Herr Driebusch merkte dazu an, dass die UNB kein Bildungs- und Weiterbildungs- und Ausbildungswerk ist, dennoch haben sie eine gewisse Beratungspflicht in erweiterten Sinne, wenn Bürger dies wünschen und zu den Sprechzeiten in die Behörde kämen. Er erwähnte nochmals, dass hier eine enge und gute Zusammenarbeit mit den örtlichen Ordnungsbehörden besteht. Zunächst gilt der Grundsatz: Unwissenheit schützt vor Strafe nicht. Zum anderen leben wir in einer digitalen Welt, da beschäftigt man sich im Vorfeld mit der Gebietskulisse und dann sind wie bereits erwähnt die örtlichen Behörden die Ansprechpartner, wobei eben auch unsere Behörde dies außerhalb der Dienstzeiten noch zusätzlich macht.

Frau Muxel führte ein Beispiel aus eigener Erfahrung an, dass sie schon einmal Leute ansprach, als diese mit Schilf Feuer anmachen wollten und dann unschön geantwortet wurde. Hier handelt es sich immer um Berliner Nummern. Dies betreffe genauso den liegen gelassenen Müll.

Herr Rademacher berichtete von seiner Tätigkeit als Wasserwächter am Müllroser See und bestätigte das Berichte der Vorgängerin. Aber er wandte auch ein, es fehlen Hintergrundinformationen und man könnte vielleicht auch noch mehr die Kommunen oder auch Wasserrettungsorganisationen mit in Boot nehmen, Aufklärungsmaterial wäre auch ganz wichtig, um das den Leuten in die Hand zu geben. Die Feuerwehr schafft es immer ganz gut, über Facebook oder Instagram die Menschen im Vorfeld des Sommers noch einmal auf Gefahren hinzuweisen.

Frau Schulz wollte noch einmal ergänzen, dass schon einmal eine Art Workshop stattfand mit allen Ämtern und Ordnungsämtern, die hier sehr engagiert arbeitet und noch nebenbei eine Mediatorenausbildung macht – also wir kommen hier auch nicht gleich mit den schärfsten Mitteln. Sie bedankte sich bei Herrn Rademacher in diesem Zusammenhang für das gemachte Angebot bzgl. einer künftigen Unterstützung. Abschließend sagte Frau Schulz, dass bzgl. der Medien auch derzeit schon einiges eingestellt werde, was der zeitliche Rahmen zulässt.

Herr Schaller gab noch einmal an, dass es ja heute um die Verstöße gehe, die von den Freien Wählern eingebracht wurde. Es ist somit nicht das letzte Mal, dass wir uns darauf verständigen, auf dieses Gebiet wieder einmal näher einzugehen und berichten zu lassen.

Sodann ergriff Frau Schipporeit das Wort und merkte zum Thema an, es gibt ja den MERKER, der von vielen Kommunen genutzt wird. Vielleicht wäre es ganz praktisch eine Autotextpassage aufzunehmen und zu verfeinern und erklärte dies näher.

Frau Laue schloss sich dem Vortrag an unterstrich ihre Ausführungen dahingehend, dass mehr auf die Prophylaxe und nicht das Hinterher der Fokus zu legen ist.

- siehe Anlage 8 -

Zu TOP 9 Denkmalförderrichtlinie

Herr Schaler führte in den TOP ein und bat Herrn Gehm um das Wort.

Der Hintergrund ist der, dass es einen Antrag gibt zum Haushalt hier auch die Maximalfördersumme, die aktuell bei 100 T€ liegt, anzuheben, sicherlich auch begründet durch die Kostensteigerung. Damit im Zusammenhang stehend ist vordergründig der Pkt. 5 Höchstfördersätze. Dazu hatte er im Vorfeld die Förderrichtlinie noch einmal im Bürgerinformationssystem hochgeladen, um in Vorbereitung die Möglichkeit zu eröffnen, diese sich anzuschauen und ob an dieser Stelle vielleicht Änderungswünsche bestehe. Ziel sollte dabei sein, Formulierungen vorzuschlagen die dazu dienen, diese Vorschläge oder Wünsche aufzunehmen, damit in die Prüfung gegangen werden könnte.

Herr Schaller stimmte dem Verfahrensvorschlag zu, um Ideen zu sammeln und erteilte Herrn Wernicke das Wort.

Herr Wernicke schlug so eine Art Umlaufverfahren vor, wo jede Fraktion seine Anmerkungen machen könnte. So sollte die Modernität des Verfahrens vielleicht ein wenig angepasst werden bzgl. der Papierform, hier digital. Der erste Punkt wäre die monetäre Höhe der Förderung, dann die Unterscheidung der Zuwendungsberechtigten (privat oder Gebietskörperschaft oder sonstige öffentliche Institutionen). Und dann abschließend einen entsprechenden Rohentwurf an alle geben, die dann ihre Anmerkungen dort machen könnten. Dann sollte es auf die Rechtmäßigkeit hin geprüft werden und in die Ausschusssrunde.

Frau Laue wollte die Zahl insgesamt im Verlauf der Jahre wissen, ist sie ungefähr gleichgeblieben oder absolut unterschiedlich. Sie skizzierte dabei das Verfahren nach ihrer Ansicht.

Ihre sich anschließende Frage zielte dahingehend, ob bei einer Erhöhung der Fördermittel von evtl. 200 T€ und damit sicher auch der Antragsteller, dies auch personell bewältigt werden kann. Die Antragstellung jetzt bis 30.03. und die ganze Sache geht dann im Herbst in den Kreistag und merkte hier die Bearbeitungszeit der Denkmalschutzbehörde an.

Dazu antwortete Herr Gehm zu ersten Frage, das die Obergrenze nicht erreicht werden konnte, was auf den § 5 Pkt. 5.1 zurückzuführen ist und erläuterte dies näher. Wenn man also die Haushaltssumme so belässt, wie sie im Moment ist, weil das dann nur bedeuten würde, dass man weniger Antragsteller denken könnte, ggf. mit einer höheren Summe. Aber dieser Doppelklang dann zu sagen, wir stellen uns der Baukostensteigerung durch Erhöhung der max. Fördersumme im Einzelfall auf der einen Seite und der Gesamtkosten auf der anderen wäre dann insofern denkrichtig und würde zwar bedeuten, die Anträge insgesamt steigen. Die zweite personelle Frage betreffende führte er aus, dass dies nicht das Problem sein dürfte. Mit Antragsschluss im März und der entsprechenden Bearbeitung geht die Sache noch einmal in den Ausschuss, wo die Bearbeitung jedoch noch nicht abgeschlossen ist aufgrund von Nachforderungen u. ä., dann kommt die Sommerpause. Die Mittel verfallen aber nicht bis zum 31.12. und darüber hinaus noch abgerechnet werden.

Frau Laue hatte noch einmal zwei Nachfragen bzgl. der Überzeichnung, die Herr Methfessel anders dargestellt hat, nämlich genau aufgeteilt hat, also einige weniger, andere mehr bekommen haben und damit nicht überzeichnet. Des Weiteren die Sache mit der Sommerpause. Sie führte den Vorschlag an, die Antragsfrist auf den 15.01. evtl. zu setzen, sodass man Zeit hat, die Anträge vor der Sommerpause durchzugehen, sodass Mittel im selben Jahr zurückgegeben werden können.

Herr Gehm antwortete darauf, dass die aus der Zeit herrühre, wo der Haushalt immer erst im Folgejahr beschlossen wurde. Die Aufgabe ist eine freiwillige Leistung. Zur Überzeichnung berichtete er, dass man deutlich hinter den Summen geblieben ist, die selbst lt. der Richtlinie möglich wären, da kommt die Diskrepanz her.

Herr Wernicke merkte zur Verfahrenszeitpunkt an, nichts daran zu ändern, das ist schon gut so, auch mit der Mittelverschiebung ins kommende Jahr.

Dies wäre z. B. nicht so gut für die Gemeinden, die würden hier ins Hintertreffen geraten, weil diese teilweisen Maßnahmen in ihren Haushalten beschließen und dann eine Kofinanzierung über Landkreismittel nicht mehr in Anspruch nehmen können.

Herr Schulz schlug vor, Herrn Wernickes Vorschlag aufzugreifen und jetzt nicht hier in Detailfragen zu gehen, sondern wirklich in diesem Umlaufverfahren über die Fraktionen und dann entsprechend im Ausschuss zu beraten, anstatt sich jetzt hier zu verzetteln.

Herr Schüler ging dann doch noch einmal auf das Verfahren ein und sagte, dass es für ihn nicht transparent war, wo die Maßgabe der Entscheidung der Behörde hergeholt wird, wer wieviel Geld bekommt. Er würde es begrüßen, wenn das Geld prozentual ausgereicht wird und ob es eine Privatperson oder öffentlichen Bereich betrifft und machte dies anhand eines Beispiels deutlich. Des Weiteren merkte er an, dass er nicht von einer erhöhten Antragstellung ausgeht und schloss sich dem Vorschlag an, sich an der Baupreientwicklung zu orientieren. Bezüglich des Antragsverfahrens merkte er an, dass dies wohl nicht so einfach ist und dann für 2.500,00 € sich die Mühe zu machen, darüber sollte man vielleicht auch noch einmal sprechen. Eine letzte Frage zielte auf die Mittelverwendung evtl. für Gutachten ab, ob diese auch hierfür verwendet werden können.

Herr Gehm entgegnete darauf, dass es Liste von Naturdenkmälern gibt, die dementsprechend förderfähig sind und das sind Gartendenkmale in der Regel nicht.

Herr Schaller schlug aufgrund des gewissen Änderungsbedarfes vor, da diese Richtlinie aus dem Jahr 2010 (Änderung 2016) eine gewisse Überarbeitung erfahren sollte. Jede Fraktion möge bis zum Jahresende vielleicht entsprechende Änderungsvorschläge aufschreiben und vorlegen, so auch evtl. die Verwaltung, die dann durch die Verwaltung vorbereitet wird, um dann hier wieder darüber zu sprechen und sagte den Anwesenden, dass es nicht Aufgabe des Protokolls ist, hier alle Wünsche aufzuschreiben (nun aber geschehen).

Eine weitere Ergänzung von Herrn Schüler zum Prozedere, diesen doch etwas transparenter darzulegen, wie man zur Entscheidung gekommen ist.

Zum Abschluss des TOP's merkte Herr Schaller an, wie man die Stellungnahme vornehmen könnte bzgl. der inhaltlichen Entscheidung; zum 31.12. gab es keinen Widerspruch. Im Februar wäre die nächste Sitzung und wenn es evtl. bis dahin aufbereitet sein sollte, darüber sprechen. Sodann leitete er über zu dem nächsten TOP – Baubeschluss und Grundsatzbeschluss

- siehe Anlage 9 -

**Zu TOP 10 Baubeschluss zum Neubau eines straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6740, Abschnitt 010, 2. BA OA Demnitz - L 38
Vorlage: 095/2024**

Herr Kühne ergriff zunächst das Wort und erklärte allgemein zu dem Baubeschluss Radweg von Demnitz zur L38. Die Bauausführung ist für 2026 vorgesehen, der Beschluss jetzt ist jedoch erforderlich, um die entsprechenden Vorbereitungen wie Ausschreibung usw. vornehmen zu können, dies steht alles eigentlich in der Vorlage gut beschrieben. Sodann kam es zur Abstimmung.

- siehe Anlage 10 -

einstimmig zugestimmt
Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 11 Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des Neubaus eines Radweges
im Tesla-Umfeld RW 05.1 Bahnhof Fangschleuse neu – Gottesbrück
Vorlage: 096/2024**

Frau Hass stellte die Beschlussvorlage ausführlich inhaltlich dar, die von Herrn Gehm noch ergänzt wurde.

Frau Schipporeit verwies auf die Erfahrungen am Bahnhof Ransdorf und machte deutlich, solange die Brücke von Tesla selbst nicht abgekürzt wurde, ist sie über die alte Poststraßenbrücke befahren worden, teilweise eben auch von Tesla selbst und auch mit schwerem Gerät, auch wenn es nicht erlaubt war.

Frau Muxel ergänzte dazu, dass hier ein generelles Problem aufgemacht wurde. Die Fahrradfahrer sollen von überall zu diesem Bahnhof kommen, wo man andererseits seit Jahren vor Ort darum kämpft, dass eigentlich eine Taktung da ist am Bahnhof Hangelsberg und damit wären nicht so viele Pendler da. Bzgl. der Eigentumsübertragung/-tausch an die Forst wurde deutlich, dass es dafür wohl noch keine Baubeschlüsse gebe.

Herr Gehm äußerte sich dahingehend, dass es seiner Kenntnis nach einen vorbereitenden Kooperationsvertrag gibt, der auch in die Gemeinden gehen wird. Dass es einen neuen Bahnhof geben wird, steht wohl so ziemlich fest, da lässt die Bahn auch nicht mehr mit sich reden. Hintergrund ist auch, dass der Individualverkehr nicht durch Grünheide zunimmt und so eben auch ein attraktives Radwegeangebot gemacht wird. Hier nimmt der Kreis auch selbst Geld in die Hand, was eigentlich Aufgabe der Gemeinde ist.

Herr Löb hatte eine Nachfrage, inwiefern Fahrradverbände einbezogen wurden und zur wassergebundenen Wegedecke mit Blick auf Eingriffe in die Natur etc.

Herr Kühne äußerte sich hierzu, dass zum ersten Punkt keine Ausführungen machen könne und jede Interessengruppe ihre Einwände machen kann. Bezüglich der Asphaltdecke machte er einige Ausführungen, dass letztlich Asphalt dauerhaft und haltbarer ist (25 Jahre) und eine entsprechende Förderung ist eben auch da. Am Ende der Ausführung richtete Herr Kühne den Appell, gerne detaillierte Fragen heranzutragen, die aufgearbeitet werden und an welcher Stelle eine Beteiligung dann möglich ist.

Herr Löb konnte der Argumentation so nicht folgen. Herr Kühne sagte, man könne sich gern dazu noch einmal unterhalten.

Herr Schaller machte auf die lange Rednerliste aufmerksam und es hier um diesen Grundsatzbeschluss mit den 1.000 m gehe.

Sodann wurde Frau Schipporeit das Wort erteilt, die als Anwohnerin des ersten Tesla-Radweges (alte Poststraße) ihre Bedenken äußerte (Artenschutz). Man hat hier das Löcknitztal, was auch sehr bewaldet ist und es somit viele Tierarten gibt. Ihre Frage zielte darauf ab, wie viele den Radweg nutzen werden. Der Radweg wird sich nicht amortisieren und wird mal eben so in die Natur gesetzt und verläuft zudem parallel zum Spreeradweg. Wir reden über knappe HH-Mittel und sollten so vielleicht erstmal den Bahnhof abwarten.

Herr Gehm ging auf diese Hinweise ein und sagte, dass man das Gesamtkonzept vorstellen kann. Zusammengefasst erklärte er, dass wenn wir keine Planung haben, die jetzt mit dem Grundsatzbeschluss ermöglicht wird, wird es nicht möglich sein, bei Fertigstellung und Freigabe des Bahnhofs fertig zu werden und der Bahnhof macht 2026 auf.

Als Zwischenfazit stellte Herr Schaller fest, das allgemeine Radwegekonzept mal auf die Tagesordnung zu nehmen.

Frau Laue begrüßte das Fazit von Herrn Schaller, das komplette Konzept vorgestellt zu bekommen und erst auch dann diesen Grundsatzbeschluss zu fällen. Dann hat sie zwei Einwände, muss dort ein Radweg hin und in welchem Ausmaße, wobei sie auf die schon gemachten Einwendungen der Vorredner einging bzgl. Asphaltdecke und mit der Nutzung der alten Poststraße.

Frau Hass ergriff das Wort und machte deutlich, dass dieser Grundsatzbeschluss erforderlich ist, um überhaupt erst einmal zu planen, noch nicht zu bauen. Dabei habe sie sich auch intensiv mit der Naturschutzbehörde ins Benehmen gesetzt, ohne dem nicht begonnen werde, überhaupt so einen Radweg zu planen, zu bauen. Sie machte also die unbedingte Dringlichkeit für den heutigen Beschluss deutlich. Wenn also nicht der Baubeschluss kommt, kann sie keine Fördermittel für 2026 erwarten, sondern erst zu 2027.

Wiederum wies Herr Schaller auf den Inhalt des Baubeschlusses.
Weitere Ausschusssmitglieder wie Herr Wernicke, Frau Laue und Frau Muxel brachten weitere Bemerkungen ein.

Herr Gehm ging auf die aufgeworfene Problematik nochmals ein und erklärte, dass wir bei heutiger Nichtbeschlussfassung aus der Zeit kommen und zum Sommer 2026 der Radweg nicht nutzbar wäre. Also, es geht bisher nur um Planungsleistungen, nicht ob tatsächlich gebaut wird,

Frau Hass meldete sich auch noch einmal zu Wort erläuterte die Abfolge der Beschlusslage, um das Erfordernis zu unterstreichen.

Frau Schipporeit richtete einige Bedenken an die Verwaltung aus dem Erfahrungsschatz der alten Poststraße,

Herr Vogel als Ausschusssmitglied schloss sich den Vorredner an und merkte abschließend an, dies erstmal zurückzuschieben, um der Gemeinde die Möglichkeit zu eröffnen sich entsprechend einzurichten, wer nachher die Trägerschaft übernimmt.

Dazu wurde an Herrn Gehm noch einmal das Wort übergeben. Es geht also dem Grunde nach darum, Verkehre zu induzieren und auch das Radwegeangebot weiter auszubauen.

Herr Schaler ging auf eine vorangegangene Frage ein: Gibt es ein Worst-Case-Szenario, wenn die Gemeinde jetzt nicht in die Baulast geht, bauen wir dann selbst oder gibt es andere Pläne?

Frau Hass meldete sich dazu Wort und führte aus, dass wir als Landkreis planen und bauen und die Übergabe dann als Baulast an die Gemeinde erfolgt. Absprachen dazu sind mit der Gemeindeverwaltung erfolgt und bisher grünes Licht gegeben und deshalb ist dieser Baubeschluss nunmehr auch so vorbereitet worden.

Herr Schaller hatte nun auch eine Frage bzgl. des Grunderwerbs, ob dies ein Muss wäre und was ist, wenn die Gemeinde das nicht täte. Darauf aufbauend erläuterte er noch einmal, dass der Ausschuss hier nur sein Meinungsbild kundtun kann, nicht jedoch den Beschluss aufheben o. ä.

Herr Schüler warf noch einmal den Bedarf bzw. das Bedürfnis für den Radweg ein.

Daraufhin ging Herr Gehm nochmals auf das Konzept ein, welches in der letzten Wahlperiode vorgestellt wurde. Der Plan war, dieses zu aktualisieren und vorzutragen. Dieses Konzept hat auch Eingang in die Prioritätenliste gefunden, was auch im Kreistag beschlossen wurde, was zur Folge hat, dass dieser Beschluss heute so vorgelegt wird.

Frau Schipporeit warf nochmals ein, dass der Weg schon lange nicht mehr so aussehe, was damit zusammenhänge, dass das Datum des Fotos aus der Zeit ist, wo von dem Bahnhof noch keine Rede war.

Herr Gehm antwortete darauf, die Umverlegung des Bahnhofs ist schon vor Tesla bei der Bahn in Planung gewesen, der 2011 abschlägig beurteilt wurde. Hintergrund dafür waren die längeren Züge und die Taktung zum Halten. Wir reden auch schon länger darüber.

Danach wurde Frau Laue noch einmal das Wort übertragen, die zum Grundsatzbeschluss etwas erklärt haben wollte. Dabei gab sie ihrer Auffassung Nachdruck, grundsätzlich für den Ausbau von Radwegen zu sein und erläuterte ihre Auffassung dazu eingehend.

Nunmehr verlas der Ausschussvorsitzende den Beschlusstext und ging in die Abstimmung, die letztlich nur eine Empfehlung ist. Es erfolgte die Abstimmung.

- siehe Anlage 11 -

mehrheitlich zugestimmt

Ja 4 Nein 2 Enthaltung 4

Zu TOP 12 Information der Verwaltung und Fragen

Frau Meyer-Grunewald stellte ihre Baupräsentation vor. Beginnend mit dem Ärztehaus in Friedland führte sie aus, dass dieses nun fast fertig ist (3 Mio. €).

Im zweiten Schritt die Alm bzw. FKTZ, hier im Wesentlichen die Außengestaltung und erklärte die dazu gekennzeichneten Bauabschnitte eingehend. Dieses Areal dient dann den Feuerwehren im Landkreis für die entsprechenden Ausbildungen.

Bei der Juri-Gagarin-Schule sind wir noch in der Interimssituation und ging auch hier auf die näheren Planungsphasen ein (12.380.000,00 Mio. € Planung). Fertigstellung ist für Ende 2025 geplant. Dann zur Gesamtschule 3 in Eisenhüttenstadt (2. Erweiterungsbau) liegt die Baugenehmigung seit Sommer vor, Baubeginn Frühjahr 2025, Fertigstellung 2026.

Der Spreecampus in Fürstenwalde nimmt täglich seinen Baufortgang, darüber wurde in vorheriger Sitzung ausführlich berichtet. Bei gut laufendem Baubetrieb soll Bauende Sommer 2026 sein, gerade mit Blick auf die steigenden Schülerzahlen. Der Kostenrahmen betrug ca. 31 Mio. € mit Förderleistungen. Die Schule soll noch erweitert werden, der Baubeschluss soll zu 10/2025 kommen. Im Weiteren erläutert sehr vertiefend über die Baumaßnahmen in Bezug z. B. auf die Heizung. Frau Meyer-Grunewald ging auf Baumaßnahmen an weiteren Schulen genauso detailliert ein. Bei allen Vorhaben werden sowohl die Lehrer als auch die Schüler mitgenommen.

Der Landrat hat letzte Woche mit Herrn Pilz einen Letter of Intent auf den Weg gebracht, um die B-Planung voranzutreiben und erklärte dies den Anwesenden inhaltlich sehr versiert.

Diese ganzen Folien werden allen zur Verfügung gestellt.

Herr Schaller bedankte sich für die sehr umfangreiche Präsentation bei Frau Meyer-Grunewald und schaute auf die Geschäftsordnung, da ab 21:30 Uhr keine Punkte mehr aufgerufen werden sollen.

Herr Schüller hatte zwei Fragen zum Haushalt. Mit der Planungsphase 2 sind bis zur R.-Hildebrandt-Schule die Projekte dementsprechend schon den HH-Jahren für den Plan 2025 berücksichtigt und die Kosten für die Außenanlagen der Schule und Sporthalle, warum sind diese nicht mit inkludiert.

Frau Meyer-Grunewald ging auf die Beantwortung ein und erklärte, dass nach Abschluss des Wettbewerbes noch einmal überplant werden musste.

Dies auch zurückzuführen auf die Kostensteigerungen und erläuterte die Kostenansätze. Sie sagte dazu, sie werde dazu in den Ausschüssen auch regelmäßig informieren.

Eine letzte Frage von Frau Laue zur Geothermie, die wohl für beide Gebäude gelte erklärte die Amtsleiterin, beide Gebäude müssen separat geplant werden, dabei sollen natürlich auch die Nachhaltigkeitsaspekte entsprechend berücksichtigt werden.

Also zum Verständnis wandte Frau Laue ein, eine Großwärmepumpe gehe nicht. Frau Meyer-Grunewald erklärte die baulichen Hintergründe (großer Flächenumfang, Bodenbeschaffenheit), wo u. a. die Aufrechterhaltung der bisherigen Heizung eine gewichtige Rolle spielt.

Ganz kam es nun auf der Interimsvariante für Grünheide und Schöneiche. Die Planung soll von heute bis in 4 Jahren durchgezogen werden. Es müsse ein entsprechender Standort geschaffen werden (Folie), da wir jährlich bis zu 400 Schüler an Nachbarkreise verlieren. Dann stellte sie die aktuelle Containerlösung der Gemeinde vor, den der Landkreis dann übernehmen wird und stellte die künftige Nutzung vor. Abschließend sagte sie dazu, dass das Gymnasium spätestens 2028/2029 muss es fertig sein.

Die Information ist verfügbar.

Die HH-Anfrage von Herrn Schaller stellt er schriftlich nach.

- siehe Anlagen 12-13 -

Zu TOP 13 Vorbereitung der nächsten Sitzung

Wurde nicht mehr behandelt.

gez.

André Schaller
Vorsitzender des Ausschusses
für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung

gez.

Sybille Kuhrau
Schriftführerin

Anlagen:

Anlage 1 - Anwesenheitsliste 13.11.2024

Anlage 2 - TOP 4 Investitionssteuerung

Anlage 3 - TOP 6 2025 TGM-Haushaltsplan BOU

Anlage 4 - TOP 6 BOU Amt61 Haushalt 2025 kreisliche Infrastruktur

Anlage 5 - TOP 6.3 Haushalt Dezernat 3

Anlage 6 - TOP 6.4 Haushalt Hochbau

Anlage 7 - TOP 7 Präsentation Ausschüsse Kreistag WSG Beeskow

Anlage 8 - TOP 8 Präsentation BOU 13.11.2024

Anlage 9 – TOP 9 Denkmalförderrichtlinie 1. Änderung

Anlage 10 - TOP 10 BB K 6740 (010) 2.B Neubaus eines straßenbegleitenden Radweges

Anlage 11 - TOP 11 GB TESLA RW05.1 Neubau eines Radweges

Anlage 12 - TOP 12.1 Präsentation Gymnasium Schöneiche

Anlage 13 - TOP 12.2 Stand Bedeutende Baumaßnahmen Hochbau